

## Chronik des Tages.

— Reichszankler Müller hatte nach seiner Rückkehr nach Berlin eine Besprechung mit den Ministern Seevering und Wissell.  
— Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sprach sich erneut für die Reform der Arbeitslosenversicherung ohne Beitragserhöhung aus.  
— In Frankfurt a. M. wurde die Jahresversammlung des Deutschen Städtetages eröffnet.  
— Der britische Ministerpräsident MacDonald hat die Ausreise nach Amerika angetreten.  
— Der Reparationsagent Parker Gilbert hatte in Washington eine Unterredung mit Präsident Hoover.  
— In Neumünster in Holstein stürmten 200 Kommunisten einen Saal, in dem eine nationalsozialistische Versammlung stattfinden sollte. 30 Nationalsozialisten wurden niedergeschlagen und zum Teil schwer verletzt.  
— In Hannover haben unbekannt gebliebene Personen in einer Zeit, wo der vor dem Bahnhof stehende Schutzpolizeibeamte auf kurze Zeit abberufen wurde, das Ernst-August-Denkmal beschädigt.  
— Im Prozeß Halsmann kommt eine Zurückziehung der Anklage nicht in Frage. Der Prozeß wird am 18. Oktober weitergeführt werden.  
— Dem Dichter Ernst Toller, der auf Einladung amerikanischer Arbeiterverbände in den Vereinigten Staaten Vorträge halten wollte, wurde die Landung verboten, und zwar auf besondere Weisung der Washingtoner Regierung hin.

## Von Woche zu Woche.

### Die Verschmelzung der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft.

Das Ereignis der Woche ist die Verschmelzung der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft! In der Politik wird es erst im Oktober wieder lebendig werden; dann aber auf der ganzen Linie.

Die Nachricht von der Verschmelzung zweier unserer größten Banken hat in Berlin, in London und in New York wie eine Bombe eingeschlagen. Die Ueberrumpelung war vollkommen! Selbst die Börsen, die doch bekanntlich das Gras wachsen hören wollen und die stets darauf aus sind, die kommenden Ereignisse um ein ganze Jahre vorweg zu nehmen, fühlten sich durch keine Vorahnungen bedrückt.

Ihre Erklärung findet diese strikte Wahrung des Geheimnisses darin, daß die vorausgegangenen Einigungsverhandlungen nur von ganz wenigen Männern geführt wurden, und zwar ausschließlich in Privatkonversationen.

Die Bedeutung der Verschmelzung ist darin zu sehen, daß erstmals eine deutsche Bank mit den großen englischen und amerikanischen Banken nach Stokkraft und Kapitaleinlagen in eine Reihe rückt, wobei sie die französischen Banken weit hinter sich zurückläßt. Das Aktienkapital der deutschen Riesebank einschließlich der offenen Reserven beträgt 450 Millionen Mark, ihr Gesamtkapital fünf Milliarden Mark! Der Gesamtumsatz der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft bezifferte sich 1928 auf 390 Milliarden Mark!

Ueber den Sinn des Zusammenschlusses und die Gründe der Fusion hört man die verschiedensten Meinungen. Daß es beiden Gruppen nicht leicht geworden ist, den Weg zur Einigung zu finden, ist sicher. Beide Banken haben eine lange Geschichte, und beide einen Weltkur. Die Disconto-Gesellschaft ist 1855 gegründet worden und hatte die Förderung der Kleingewerbetreibenden im Auge. Die Deutsche Bank wurde 1870 errichtet; ihr Organisator, Georg von Siemens, hat das System der Depositionen eingeführt und dadurch auch die Gelder des „kleinen Mannes“ für die Banken gewonnen. Nach dem deutsch-französischen Einigungskrieg finanzierten beide Banken den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands. Ihre Stellung im Ausland hat sich grundlegend geändert. Vor dem Kriege traten die deutschen Banken als Geldgeber auf, nach dem Kriege wurden sie Geldnehmer und pumpten amerikanisches Kapital in die deutsche Wirtschaft.

Einigen Aufschluß über den Sinn der Fusion geben die Erklärungen des Direktors Wassermann von der Deutschen Bank. Danach soll die Verschmelzung der Disconto-Gesellschaft und der Deutschen Bank beispieldienlich wirken und der Zusammenschlußbewegung einen neuen Antrieb geben, weil nur durch Konzentration und Vereinfachung der Prozeß der Neubildung deutschen Kapitals gefördert werden könne. Die Durchführung der Verschmelzung wird nach den Darlegungen Wassermanns zwei Jahre in Anspruch nehmen. Der Nutzen der Fusion, für die allein 20 Millionen Mark an Spesen auszugeben sind, wird mindestens ebenfalls einige Jahre auf sich warten lassen.

Für die 20 000 Beamten und Angestellten der neuen Gemeinschaftsbank stehen mit der Fusion ernste Sorgen bevor. Man sieht, daß die Klinge springen müssen! Die Banken wollen zwar den Abbau in sozialem Geiste durchführen, doch bedeutet das vielleicht nur, daß die abzubauenden älteren Beamten mit irgendwelchen Summen abgefunden werden sollen. Große Ersparnisse aus der Berringerung des Beamtenstands werden somit kaum zu erwarten sein. Wohl aber dürften die Banken dadurch erhebliche Mittel gewinnen, daß der Konkurrenzkampf eingestellt und der Grundbesitz erheblich durch Verkäufe vermindert wird. Heute stehen die Grundstücke beider Banken mit etwa 80 Millionen Mark zu Buch; der tatsächliche Wert der Bantgebäude und -Paläste wird jedoch weit höher sein.

Die Folgen der Fusion im Hinblick auf die deutsche Gesamtwirtschaft sind nicht abzuschätzen. Die

Kreditpolitik der Gemeinschaftsbank wird die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands entscheidend beeinflussen. Beide Banken verfügen über 34 v. H. aller Bankeinlagen, ein Drittel aller Kreditnehmer sind der Gemeinschaftsbank verpflichtet, außerdem befriedigt sie den Geldbedarf der Börse zu 32 v. H.

Die Macht der Banken wird durch diese Zusammenballung noch gesteigert! Die Auswirkungen dieser Macht müssen abgewartet werden. Daß die neue Gemeinschaftsbank ihren Einfluß zur Eindämmung des Konkurrenzkampfes benutzte, liegt ganz in der Richtung des neuen Weges. Es sei hierbei z. B. daran erinnert, daß nun auch unsere beiden bisher in schärfstem Wettbewerb stehenden großen Schiffahrtsgesellschaften, die Hapag und der Norddeutsche Lloyd, in dem Ausschicht des gleichen Finanzinstituts vertreten sind.

Möglichstweise wird der Zusammenschluß der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft aber auch weitere Bankzusammenschlüsse nach sich ziehen. Auch andere Großbankdirektoren wissen, daß die deutschen Banken in den letzten Jahrzehnten eigentlich nur durch Zusammenfassungen groß geworden sind. Da sie den Willen haben, noch größer zu werden, werden vielleicht bald weitere Banken nach dem Leitprinzip des alten Oesterreich handeln: tu felix Austria nube! („Du glückliches Oesterreich heirate.“)

Der Bankenzusammenschluß hat aber noch eine andere Seite. Wenn Banken von der Größe der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft ihre Selbständigkeit aufgeben und sich vereinigen, dann zeigt das aller Welt, wie ernst die Lage der deutschen Wirtschaft ist, und wie groß ihre Sorgen sind. Rettung aber kann nicht allein durch Zusammenfassungen kommen, sondern für einen neuen Wiederaufstieg muß auch durch Steuererleichterungen der Weg freigemacht werden.

## Für erweiterte Selbstverwaltung

### Eröffnung des Städtetages. — Die nächsten Aufgaben: Verwaltungsreform und Finanzausgleich.

— Frankfurt a. M., 28. September.

Im großen Saale des Palmengartens wurde die diesjährige Jahresversammlung des Deutschen Städtetages eröffnet. Der Eröffnung wohnten der heftische Staatspräsident Dr. Uebelung, die preussischen Staatsminister Grzesinski und Dr. Höppler-Wschoff, Vertreter der Reichsregierung und zahlreiche Führer der wirtschaftlichen Organisationen bei.

Präsident Dr. Mulert dankte der Stadt Frankfurt für die Gastfreundschaft und gedachte der bevorstehenden Befreiungshunde des besetzten Gebietes, wobei er die bestimmte Erwartung aussprach, daß sämtliche Fristen eingehalten werden. Ebenso müsse die Saarfrage in kürzester Zeit geregelt werden.

Der preussische Innenminister Grzesinski überbrachte die Grüße der Staatsregierung. Der Minister behandelte dann das Eingemeindungsgesetz und führte aus, Ziel dieses Gesetzes sei es gewesen, die örtliche Gemeinschaft richtig abzugrenzen und sie mit frischem Leben zu erfüllen.

Die wechselseitige Verbundenheit zwischen Stadt und Land müsse noch viel stärker als bisher anerkannt werden. Er erstrebe die Gleichberechtigung beider. Für das Verhältnis der Gemeinden zu Staat, Reich und Wirtschaft sei eine Neuordnung erforderlich. Die dringlichsten Aufgaben der nächsten Zukunft seien die Verwaltungsreform und die Schaffung eines wirklichen Finanzausgleichs. Die Zuständigkeit der örtlichen Instanzen müsse durch Abgabe von Aufgaben des Staates an die Selbstverwaltung möglichst weit ausgedehnt werden.

Zum Schluß betonte der Minister, die Versuche, die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden einzuschränken, werde er aufs schärfste bekämpfen. Die Angriffe auf die Kommunalwirtschaft seien ungerechtfertigt; die kommunale Wirtschaft erfülle ein öffentliches Bedürfnis.

Der Präsident des Städtetages, Dr. Mulert, sprach über Sinn und Form der Selbstverwaltung. Er erklärte, Selbstverwaltung bedeute Selbstverantwortung. Die Gemeinden hätten durch die große Not Deutschlands immer neue Aufgaben übernehmen müssen. Die lebendige Kraft der Selbstverwaltung werde wesentlich bestimmt durch die Lage der Finanzen. Die Einkommensteuer müsse Reich, Ländern und Gemeinden gemeinsam zustehen; für das Zuschlagsrecht müsse eine richtige Form gefunden werden. Eine Bewegung, von eigener Verantwortlichkeit getragene Gemeindepolitik verlange, daß die Gemeinde auch die Verantwortlichkeit für die Bereitstellung der Einnahmen habe. Die Nachteile einer teilweisen Uebertragung der Realsteuern dürften nicht zu der Forderung führen, sie ganz abzuschaffen. Die Städte wünschten auch ihrerseits, die Gewerbesteuer überall dort zu vermindern, wo sie zu hoch angespannt sei. Wohnungsnot und Wohnungselend bedingten eine Festlegung der Hauszinssteuer auf längere Zeit. Diese Steuer müsse alsdann von den Härten befreit werden, die ihre jetzige Form noch vielfach aufweise. Eine Erleichterung der direkten Steuern werde eine Erhöhung einzelner indirekter Steuern nach sich ziehen. Hierbei könne man an der Getränkesteuer nicht vorbeugehen.

## Entscheidung zur Steuerreform.

Nach weiteren Ausführungen des Oberbürgermeisters Dr. Beiß-Ludwigshafen, der als Vertreter des besetzten Gebietes der Freude über die bevorstehende Befreiung Ausdruck gab, wurden mehrere Entschlüsse angenommen.

Die erste Entschließung betrifft den Ausbau der Selbstverwaltung; sie bezeichnet angeichts der letzten außenpolitischen Entscheidungen die Durchführung von inneren Reformen in Reich und Ländern als unerlässlich. Ausgangspunkt und Grundlage dieser Reformen müßte ein moderner Anforderungen entsprechender Ausbau der gemeindlichen Selbstverwaltung sein. Die zweite Entschließung verlangt eine von wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten geleitete Neugestaltung des Steuerproblems und eine endgültige Regelung des Finanzausgleichs.

Die finanzielle Reform müsse durch strenge Sparsamkeit in den öffentlichen Verwaltungen unterstützt werden. Die Heranziehung des Kalkulationsmarktes für die Gemeinden angeichts ihrer Aufgaben unerlässlich. Der Zwang, durch die Kalkulationsstellen Kantalliberer einzugreifen, sei abzulehnen. Neue Aufgaben dürften den Gemeinden ohne Zedung nicht übertragen werden. Die Reform der Arbeitslosenversicherung dürfe nicht zu Lasten der gemeindlichen Wohlfahrtspflege gehen. Von dem kommenden Finanzausgleich fordern die Gemeinden die Wiederherstellung der Grundlage einer selbständigen und selbstverantwortlichen Finanzwirtschaft. Als unerlässlich wird der Ausbau der Getränkesteuer bezeichnet.

## Regierungserklärung in Wien.

Schober stellt sein Kabinett vor. — „In guten wie in bösen Tagen brüderliche Treue zum Deutschen Reich.“

Die von dem Bundeskanzler Schober geführte neue Regierung Deutsch-Oesterreichs hat sich am Freitag dem Nationalrat in Wien vorgestellt. Die neue Regierung bildet eine Vereinigung von Beamten und Parlamentariern; der frühere Bundespräsident Dr. Gajnschky gehört ihr als Handelsminister an.

In der Regierungserklärung im Nationalrat betonte Bundeskanzler Schober, aus weiten Sphären der Bevölkerung ertöne der Ruf nach einer Verfassungsreform. Ein demokratisches Staatswesen dürfe diese Bewegung nicht übersehen. Die Ursache der Heimweh bewegung bildeten die Geschehnisse vom Juli 1927. Tadellose Männer aus allen Volksschichten gehörten der Bewegung an. Es sei abwegig, diese Bewegung als Putschistenbewegung anzuprehen. Die Aufgabe der Regierung werde es sein, den Kontakt mit der Heimwehr zu erhalten. Ruhe und Ordnung müßten aufrechterhalten werden. Die Machtmittel des Staates seien stark genug, um jeder Situation begegnen zu können.

### Die Verfassungsreform

Es müsse darin bestehen, daß der Präsident das Recht der Ernennung und Entlassung der Regierung und das der Auflösung des Nationalrates erhalte. In unruhigen Zeiten müsse die Regierung zur Verhängung des Ausnahmezustandes berechtigt sein. Die Freiheit der Arbeit sei durch ein Antiterrordgesetz zu sichern. Grnlich zu erwägen sei eine Aenderung des Wahlrechts. Der außenpolitische Teil der Rede gipfelte in der Erklärung:

Die Grundlage der österreichischen Außenpolitik ist die Freundschaft zu allen Staaten, insbesondere zu allen Nachbarstaaten. Oesterreichs Grundhof ist die Neutralität. Seine Politik ist gegen niemand gerichtet. Der Oesterreicher ist durchaus friedlich und lehnt den Krieg ab. In dieser Hinsicht ist die Regierung einig mit der Politik des Deutschen Reiches, dem wir in bösen und in guten Tagen brüderliche Treue halten werden.

Nach dem Bundeskanzler nahmen die Sprecher der Fraktionen das Wort.

## Volkspartei gegen Beitragserhöhung.

### Fraktionsbeschluss zur Versicherungsreform. — Besprechung des Kanzlers mit Wissell.

Im Zusammenhang mit der Wiedereröffnung des Reichstags finden in den nächsten Tagen Fraktionsitzungen statt. Den Anfang machte die Fraktion der Deutschen Volkspartei, die in Gegenwart der Minister Dr. Stresemann und Dr. Curtius die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung behandelte. Die Haltung der volksparteilichen Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses wurde gebilligt. Nach der Fraktionsitzung wurde eine Mitteilung herausgegeben in der es heißt:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hält an der Auffassung fest, daß ein Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung unter Wahrung aller berechtigten sozialen Gesichtspunkte ohne Beitragserhöhung und ohne neue Belastung des notleidenden Reichshaushalts möglich ist. Sie erbt in der Sanierung der Arbeitslosenversicherung die erste notwendige Maßregel zur Herbeiführung einer Gesundung der deutschen Wirtschaft und der Wiederherstellung geordneter Reichsfinanzen.

Reichszankler Müller, der am Freitag von Balthard kommend wieder in Berlin eintraf, hatte eine Unterredung mit dem Reichsinnenminister Seevering und dem Reichsarbeitsminister Wissell.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 28. September 1929.

— Im Deutschen Arbeitsschulmuseum in Berlin traten die Leiter der Arbeitsschulmuseen zu einer Tagung zusammen. — Der Strafrechtsausschuß des Reichstags hält am Dienstag eine neue Sitzung ab.